



UB-Parteitag
am 15.09.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	AsF
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion
BETREFF	Existenzgründungsberatung und soziale Absicherung

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3 Die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesländer werden aufgefordert, sich selbst
4 dazu zu verpflichten, im Rahmen Bundesweite Verpflichtung der öffentlich geförderten Angebote
5 zur Existenzgründungsberatung (Beratungsstellen, Homepages, Informationsmaterial, u.a.) auch
6 über die Vereinbarkeit von selbständiger Erwerbstätigkeit und Familie (z.B. Mutterschutz,
7 Elternzeit, Pflegezeit, mitversicherte Familienangehörige in der Krankenversicherung) zu
8 informieren und zu beraten.

9
10 Begründung
11 Das Gründerinnenpotenzial in Deutschland ist bei weitem nicht ausgeschöpft, nur jede dritte
12 Existenzgründung wird von einer Frau durchgeführt. Gründungswillige Frauen sollen durch
13 speziell um ihre Bedürfnisse erweiterte/ausgebaute Beratungsangebote zur Umsetzung ihres
14 Vorhabens motiviert werden. Verbesserte Bedingungen der Vereinbarkeit von Selbstständigkeit
15 und Familie helfen den Frauen, auch in der Familiengründungsphase erfolgreich selbstständig zu
16 sein. Häufig fehlt die Vernetzung zwischen Beratungsangeboten zur Existenzgründung und
17 denen der sozialen Sicherung, z.B. Leistungen für Familien auf dem Informationsportal
18 www.Familien-Wegweiser.de des Bundesfamilienministeriums.

19 Eine Vernetzung der Beratungsangebote zur Existenzgründung mit dem der sozialen
20 Absicherung kann diese Lücke verringern.

21
22 Mutterschutz und Krankenversicherung der Familienmitglieder kann für Existenzgründerinnen
23 und Unternehmerinnen zum Betriebsrisiko werden und ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage
24 gefährden, da viele Frauen sich gegen einen Anspruch auf Krankentagegeld entschieden haben,
25 da dieses für sie finanziell nicht zu stemmen ist. Und ohne Krankentagegeld gibt es kein
26 Mutterschutzgeld. Neben dem unternehmerischen Risiko müssen sie auch noch das finanzielle
27 Risiko Schwangerschaft bzw. Mutterschutz tragen.

28
29 Doch der Kern des Problems liegt tiefer. Wegen der Spaltung des deutschen
30 Gesundheitswesens in einen solidarischen, umlagefinanzierten GKV-Teil und einen individuellen,
31 prämiertenfinanzierten PKV-Teil lässt sich bei dem Problem keine schnelle und einfache Lösung
32 finden. Dies ist nur ein weiterer von vielen anderen Gründen für eine Umstrukturierung des
33 deutschen Gesundheitssystems weg von einer Zwei-Klassen-Medizin hin zu einer einheitlichen
34 und solidarischen Bürgerversicherung. Dieser einheitliche gesetzliche
35 Krankenversicherungsschutz für alle Bürgerinnen und Bürger würde dann auch Krankentagegeld
36 und Mutterschaftsgeld für alle Versicherten beinhaltet. Solange es aber einen Dualismus von
37 GKV und PKV gibt, bleiben die Probleme und Ungerechtigkeiten bestehen. Deshalb fordern wir
38 weiterhin eine solidarische Bürgerversicherung.

39
40
41 Angenommen:
42 Abgelehnt:
43 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 15.09.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	AsF
ADRESSAT	
BETREFF	Modellhafte, mehrsprachige Angebote der Existenzgründungsberatung für Frauen an der VHS Duisburg

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2
3

4 An der VHS Duisburg soll modellhaft ein Projekt zur mehrsprachigen
5 Existenzgründungsberatung für Frauen durchgeführt werden.
6

7 Eine moderne Wirtschaft braucht die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und
8 Männern, auch bei den selbständig Erwerbstätigen. Aber nur jede dritte
9 Existenzgründung ist von einer Frau, das Gründerinnenpotenzial in Deutschland ist bei
10 weitem nicht ausgeschöpft.

11 Gründungswillige Frauen, auch solche mit Migrationshintergrund, sollen durch speziell
12 um ihre Bedürfnisse erweiterte/ausgebaute Beratungsangebote zur Umsetzung ihres
13 Vorhabens motiviert werden.
14

15 Besonders wichtige Aspekte für Duisburger Gründerinnen sind Nebenerwerbsgründung,
16 Gründung aus SGBII Bezug, Gründung als beruflicher Wiedereinstieg und Gründung von
17 Frauen mit Migrationshintergrund.
18

19 Die VHS Duisburg als kommunales Bildungszentrum verfügt über die dafür notwendigen
20 Kompetenzen in Betriebswirtschaft, Sprachen, berufsbezogener Bildungsberatung,
21 Integrationsaktivitäten, Unternehmensberatung, Unternehmensservice und Realisierung
22 von innovativen Projekten.
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

34
35
36 Angenommen:
37 Abgelehnt:
38 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 15.09.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 3
ANTRAGSTELLER	AsF
ADRESSAT	SPD Landes- oder Bundesregierung
BETREFF	Frauenhäuser und Beratungsstellen

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2

3 **Die AsF fordert eine verlässliche und nicht mehr freiwillige finanzielle**
4 **Unterstützung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen.**
5

6 **Begründung**

7 Es kann nicht länger hingenommen werden, dass diese Einrichtungen, die sehr wichtige
8 gesellschaftliche Aufgaben für Frauen und Kinder erfüllen, die häuslicher Gewalt
9 ausgesetzt waren, ständig finanziell unzureichend ausgestattet agieren müssen.
10

11 Die Statistik der Kriminalpolizei belegt immer häufigere Einsätze bei häuslicher Gewalt
12 und im vorigen Jahr waren sogar vier Todesfälle zu beklagen.
13

14 Die ständig steigende Zahl von gewaltsamen Übergriffen im häuslichen Bereich zeigt
15 sehr deutlich, wie wichtig sich die Arbeit der Frauenhäuser und -beratungsstellen für die
16 Frauen und Kinder in akuten Gewaltsituationen darstellt.

17 Daher ist es unerlässlich, die effektive Hilfe und Beratung der Mitarbeiterinnen und
18 Ehrenamtlerinnen endlich durch eine bundesweit einheitliche und zuverlässige
19 Finanzierung sicherzustellen.
20

21 *Diese Forderung ist aktuell deswegen sehr brisant, weil sich auch die UN in ihrem ersten*
22 *Staatenbericht zu Deutschland* besorgt äußert über „fehlende dauerhafte staatliche*
23 *Finanzierung für den Gewaltschutz für Frauen“.*
24

25 *Auf politischer Ebene ist demzufolge diese Forderung nach einer stabilen Finanzierung*
26 *eines wirksamen Gewaltschutzes für Frauen und junge Mädchen – insbesondere mit*
27 *Behinderungen, psychosozialen Belastungen oder einer Flüchtlingsproblematik –*
28 *hochrangig anzusetzen.*
29
30
31
32

33 *CRPD: Abschließende Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands vom 17.04.2015, [www.institut-fuer-](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)
34 [menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)
35
36
37

38 Angenommen:

39 Abgelehnt:

40 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 15.09.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 4
ANTRAGSTELLER	SPD- Bezirksverband Rheinhausen
ADRESSAT	SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion
BETREFF	Verschlinkung der Kassenärztlichen Vereinigung und Einschränkung ihrer Rechte

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3 Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) mit ihren Ländervertretungen kann in seiner heutigen
4 Struktur als wettbewerbsmindernde Monopolisten gesehen werden. Neben der KV als
5 Körperschaft öffentlichen Rechts gibt es weitere, zum Teil auch konkurrierende
6 Interessensgemeinschaften innerhalb der Ärzteschaft. Zusätzlich zu den Problemen mit der
7 Niederlassung von Ärzten gibt es die der unterschiedlichen Facharzthonorare.

8 Das System der KV ist mit der Zeit hoch komplex und unüberschaubar geworden. Für eine
9 sichere Kranken- und Notfallversorgung unserer Gesellschaft benötigen wir daher eine
10 Verschlinkung der KV und eine Einschränkung ihrer Rechte. Hierzu gehört eine Trennung in
11 ärztliche Aufgaben und Verwaltungsaufgaben.

12 Ziel muss es sein, das Abrechnungssystem zu überarbeiten, eine gerechtere Verteilung von
13 Haus- und Fachärzten in den einzelnen Stadtteilen und auf dem Land zu erreichen, sowie die
14 Notfallversorgung sicherzustellen.

15 **Begründung:**

16 Die Abrechnungen der Privatpatienten direkt mit den Krankenversicherungen zeigen, dass in
17 Deutschland bereits ein funktionierendes System neben der KV besteht. Das derzeitige
18 Abrechnungssystem der KV dagegen ist komplex, intransparent und bedarf einer Optimierung.
19 Ungleichgewichte im Gesundheitswesen, wie z.B. keine oder zu wenig Kinderärzte in sozial
20 schwachen Ortsteilen mit hohem Kinderanteil, bzw. lange Wartezeiten für einen Facharzttermin
21 erfordern eine Korrektur des Ärzteverteilungsschlüssels. Ein Einhalten der für eine Stadt oder
22 einem Landkreis nötigen Ärztezahl ist nicht ausreichend, es bedarf einer Feinjustierung bis in die
23 einzelnen Stadtteile.

24 Die Qualitätssicherung der ärztlichen Versorgung jedoch sollte Aufgabe einer Organisation der
25 Ärzte sein. Auch die Beurteilung der ärztlichen Leistung und deren Abrechnungsschlüssel mit
26 den Krankenkassen, sollte im Bereich der Ärzteschaft verhandelt werden, denn hier ist
27 Fachwissen Grundlage der Beurteilung. Diese Aufgaben könnten bei der KV bleiben. Die
28 klassischen Verwaltungsaufgaben jedoch sollten auch von Verwaltungen übernommen werden.

29 Besonders negativ kam die KV in die Schlagzeilen, nachdem Planungen bekannt wurden, die
30 Anzahl der Notfallpraxen in NRW stark zu reduzieren. Als Reaktion hat sich ein breiter
31 Widerstand gebildet, dem sich auch die Ärzteschaft angeschlossen hat. Jetzt hat die KV erst
32 einmal diese „Reform“ auf Eis gelegt, doch die Planungen sind nicht beerdigt, es soll nur einen
33 Aufschub bis 2017 geben.

34 In der EU leistet sich nur Deutschland solch ein Verwaltungsmonster wie die KV, die sicher viel
35 kostet, um die ärztliche Versorgung zu reglementieren. Unsere europäischen Nachbarn zeigen,
36 dass es auch anders geht.

37
38 Angenommen:

39 Abgelehnt:

40 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 15.09.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 5 neu
ANTRAGSTELLER	Themenlabor Rente
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion/SPD Bundesparteitag
BETREFF	Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung

1 Der UB-Parteitag möge feststellen und beschließen:

2
3
4 Die AG 60 plus Duisburg hat in den vergangenen Jahren wiederholt Veränderungen in
5 der Gesetzlichen Rente angemahnt. Ihre Vorschläge und Anregungen sind eingeflossen
6 in die Arbeitsergebnisse der Zukunftswerkstatt Rente der SPD Duisburg von März 2011
7 sowie in die gemeinsame Resolution der AG 60plus Duisburg, der Jusos, der AfA und
8 der ASF von 13.11.2012.

9 Die durch die Große Koalition verabschiedeten Rentenpläne sind sozialpolitisch sinnvoll,
10 beseitigen jedoch aufgrund ihrer Finanzierung nicht grundsätzliche Fehlentwicklungen in
11 der Rentenpolitik.

12 **Wir fordern daher nach wie vor, die Stabilisierung der gesetzlichen**
13 **umlagefinanzierten Rente, einer Rente, die Altersarmut verhindert und den**
14 **Versicherten einen angemessenen Lebensabend ermöglicht.**

15 Dazu bedarf es folgender Schritte:

- 16 - die Entwicklung der Renten muss mit der Lohnentwicklung Schritt halten. Der
17 Nachhaltigkeitsfaktor (Rentenanpassung i.V. Beitragszahler zu Rentenbezieher)
18 bedingt eine Rentenkürzung von ca. 0,5 % jährlich und ist abzuschaffen. Ein
19 Ausgleich dafür ist aus Steuermitteln zu finanzieren
20
21 - Private Altersvorsorge, etwa durch Betriebsrenten oder die Riesterrente, ist nicht
22 Bestandteil der gesetzlichen Rentenversicherung – Sie ist eine weitere Säule
23 neben der gesetzlichen Rentenversicherung. Ihre Förderung und Finanzierung
24 muss daher völlig von der gesetzlichen Rentenversicherung zu trennen. getrennt
25 werden. Dort wo der Staat die private Vorsorge oder Betriebsrenten unterstützt, ist
26 dies mit Steuermitteln zu gewährleisten.
27
28 - das Rentenniveau muss mindestens bei 50% stabilisiert werden
29
30 - die Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose muss wiedereingeführt werden
31
32 - die Mindestanhebung der Renten um die Preissteigerungsrate

- 32 - die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung aller
33 Einkommensarten
34
35 - die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Wieder-
36 einföhrung der Rente nach Mindestentgeldpunkten. Die Kosten sind aus
37 Steuermitteln zu finanzieren.
- 38 - die Absicherung Paritätische Beitragsfinanzierung der Rentenversicherung durch
39 Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Rentenversicherung geht vor Beitragsstabilität
40

41 **Wir fordern den SPD Parteivorstand und die SPD Bundestagsfraktion auf, sich für**
42 **die Umsetzung dieser Ziele einzusetzen und über die jeweiligen Schritte aktuell zu**
43 **informieren. Hierzu soll der Parteivorstand eine Arbeitsgruppe einzusetzen.**

44 **Generell soll der SPD Parteivorstand eine ständige Arbeitsgruppe einsetzen zu**
45 **Thema: Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung“, um das Steigen der**
46 **Altersarmut zu verhindern. Ergänzung**

47

48 **Begründung:**

49 Aufgrund politischer Entscheidungen, ist das Netto-Rentenniveau vor Steuern inzwischen
50 auf ca. 48 % abgesunken. Um eine ständig steigende Altersarmut zu vermeiden, müssen
51 weitere Einschnitte bei der gesetzlichen Rente verhindert werden. Rentenanwartschaften
52 und Rentenansprüche genießen verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz. Das
53 Vertrauen in die gesetzliche Rente muss wieder gestärkt werden.

54
55
56
57
58
59

60 Angenommen:
61 Abgelehnt:
62 Überwiesen an:
63



UB-Parteitag
am 15.09.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 6
ANTRAGSTELLER	AK Europa
ADRESSAT	SPD Bundesparteitag
BETREFF	Offensive für Europa – Wachstum und Beschäftigung statt Stagnation und Deflation

1 **Der UB Parteitag möge beschließen:**

2
3 **I. Die Wirtschaftskrise gefährdet die wirtschaftliche und politische**
4 **Integration Europas**

5
6 Europa hat die Wirtschaftskrise infolge des Zusammenbruchs der internationalen
7 Finanzmärkte im Jahr 2008 bis heute nicht überwunden. In vielen EU-Staaten ist das
8 Niveau des BIP immer noch unter dem des Vorkrisenjahres 2007. Die Arbeitslosigkeit ist
9 in den meisten Mitgliedstaaten seither gestiegen. Während einige Mitgliedstaaten die
10 wirtschaftliche Krise überstanden haben, hat sich die Lage in den süd- und einigen
11 osteuropäischen Ländern verschlechtert. Insgesamt droht Europa in eine Phase der
12 Deflation abzugleiten. Mit ihrer Politik des billigen Geldes alleine kann es nicht gelingen,
13 die Gefahr einer Deflation im Euroraum dauerhaft abzuwenden. Dies umso mehr, als die
14 Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten und der EU diese Politik konterkariert.
15 Vorherrschend ist eine Politik, die auf eine möglichst rasche Konsolidierung der
16 öffentlichen Haushalte durch Ausgabensenkungen abzielt und damit in der momentanen
17 Situation prozyklisch wirkt. Insbesondere in den Krisenstaaten hat diese rigorose
18 Austeritätspolitik mit Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen die ökonomische Krise
19 verschärft und maßgeblich zur Vertiefung der sozialen Spaltung beigetragen. Von
20 besonderer Bedeutung hierbei sind die erheblichen Leistungsbilanzungleichgewichte der
21 Euro-Staaten. Da in einer Währungsunion der Wechselkursmechanismus als Instrument
22 der außenwirtschaftlichen Anpassung nicht mehr zur Verfügung steht, erfordern diese
23 strukturellen Differenzen eine abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Lohnpolitik, wenn
24 ein Auseinanderdriften der verschiedenen Eurostaaten und damit eine Gefährdung der
25 Währungsunion verhindert werden soll.

26 Diese Politik bildet inzwischen den Nährboden für eine sinkende Akzeptanz der EU bei
27 der Bevölkerung und das Erstarken nationalistischer bzw. auch rechtsextremer Kräfte. In
28 allen Staaten haben sich populistische Parteien - zumeist mit einer rechtsextremen bis hin
29 zu einer faschistischen Richtung, zum Teil aber auch mit einer linkspopulistischen
30 Orientierung - etabliert, die eine Renationalisierung befürworten. Ein politisches "weiter
31 so" gefährdet die europäische Einigung und droht zu einem Rückfall in ein
32 nationalstaatliches Europa des zwanzigsten Jahrhunderts zu führen.

33
34 **II. Wir brauchen eine neue Offensive für ein Europa der Prosperität,**
35 **Nachhaltigkeit und sozialen Gerechtigkeit**

36
37 Wir brauchen eine neue Offensive für Europa, die eine dauerhafte Funktionsfähigkeit des
38 Binnenmarktes und der Währungsunion zum Wohle der Menschen bewirkt. Hier liegt der
39 wesentliche Schlüssel zur Stärkung der sozialen Dimension. Ein soziales Europa ist
40 ohne eine drastische Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit und die Herstellung von

41 mehr Verteilungsgerechtigkeit Makulatur. Eine neue Offensive für Europa ist nur
42 etappenweise durchsetzbar. Grundbedingung ist die Überwindung der langanhaltenden
43 Wirtschaftskrise durch eine europäisch koordinierte Wachstums- und Steuerpolitik sowie
44 die Vollendung der Bankenunion und die weitere Regulierung der Finanzmärkte, um eine
45 Wiederholung der Finanzmarktkrise von 2008 auszuschließen. Denn die aus der
46 Finanzmarktkrise 2008 hervorgegangenen und durch die Bankenrettungen maßgeblich
47 verursachten enormen Haushaltsdefizite einiger EU-Staaten haben in der Folge zu
48 Refinanzierungskrisen einiger Mitgliedstaaten geführt.

49
50 Wesentliche Felder dieser Abkehr von der Austeritätspolitik sind

- 51
- 52 • eine umfassende Steigerung der öffentlichen Investitionstätigkeit
- 53 • die Finanzierung dieser Politik durch die Bekämpfung von Steuervermeidung
- 54 • die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa und die Vollendung
- 55 der Bankenunion
- 56 • die kurzfristige Stabilisierung der Euro-Krisen-Länder
- 57

58 Eine derart veränderte Politik, die im Rahmen der bestehenden europäischen Verträge
59 umsetzbar ist, hätte eine deutliche Milderung der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen
60 Problemlagen zur Folge. Dies wäre wiederum die Basis für Maßnahmen zu einer
61 dauerhaften Stabilisierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die auch
62 Änderungen der europäischen Verträge erfordern würde. Im Kern geht es darum, die
63 Währungsunion so zu vertiefen, dass weder wirtschaftliche Krisenprozesse noch das
64 Fehlverhalten einzelner Mitglieder den Bestand der Währungsunion gefährden können.
65 Zudem muss die Wirtschafts- und Währungspolitik umfassend demokratisiert und
66 vollständig unter das Vertragswerk der EU gebracht werden. Im Einzelnen erfordert dies

- 67
- 68 • eine europäische Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die nicht nur stabilitäts-
- 69 politische, sondern gleichgewichtig auch beschäftigungs- und wachstums
- 70 politische Ziele verfolgt und umfassend demokratisch legitimiert ist
- 71 • eine teilweise Vergemeinschaftung der öffentlichen Schulden in der Eurozone
- 72 durch die Einführung eines europäischen Schuldentilgungsfonds
- 73 • die Schaffung einer umfangreichen und dauerhaften europäischen Investi-
- 74 tionskapazität zur Förderung von nachhaltigem Wachstum in der Eurozone
- 75 und als Instrument für eine antizyklische Wirtschaftspolitik
- 76

77 **III. Abkehr von der Austeritätspolitik**

78

79 **III.1. Investitionsoffensive für Deutschland und Europa**

80
81 Laut Eurostat lag die Investitionsquote in Deutschland im Jahr 2000 noch bei über
82 21 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ist sie heute auf etwa 17 Prozent gesunken. Noch
83 verheerender ist der Investitionsstau bei den öffentlichen Investitionen: Seit 2000 sind die
84 Nettoinvestitionen rückläufig, seit 2003 sogar negativ.

85 Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, die schwarze Null als goldenes Kalb der
86 Finanzpolitik hochzuhalten, zumal die Konsolidierung der Staatsfinanzen vor allem als
87 Ausgabenreduzierung verstanden wird. Investitionen sind das ökonomische
88 Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft. Wer nicht mehr investiert, hat das
89 Vertrauen auf Wachstum verloren, Hoffnung auf Erfolg und Entwicklung aufgegeben.

Öffentliche Investitionen: Eine Frage der Finanzierung

Bei den öffentlichen Investitionen geht es vor allem um die Frage, wie zusätzliche Investitionen finanziert werden können. Wer die Handlungsfähigkeit des Staates in Zeiten der Schuldenbremse erhöhen will, muss die Einnahmen der öffentlichen Hand grundlegend verbessern. Richtigerweise hat die SPD die Finanzierungsfrage daher auch konsequent in den letzten Jahren wieder stärker gestellt und mit dem Wahlprogramm 2013 konsistente und richtige Antworten entwickelt.

Wir bekräftigen unsere steuerpolitischen Forderungen des letzten Wahlprogramms und fordern ergänzend eine Abschaffung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge ab 2017 und eine Versteuerung derselben im Rahmen der Einkommenssteuer.

Flankierung durch eine europäische Investitionsoffensive und Industriepolitik

Die Investitionstätigkeit des europäischen Unternehmenssektors wie auch der öffentlichen Hand ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Laut Eurostat betrug die Netto-Investitionsquote der EU 2001 noch 8,2% und ist derweil auf 3,8% gesunken.

Das von der EU-Kommission vorgestellte Investitionsprogramm und der dazu eingerichtete Europäische Fonds für Strategische Investitionen sind lediglich ein erster Schritt. Deswegen fordern wir die Verstärkung und Aufstockung des Fonds. Zudem muss der Fonds in die Lage versetzt werden, auch öffentliche Investitionen zu finanzieren. Die europäische Investitionsoffensive muss auf Investitionen in Bildung und Wissenschaft, Infrastruktur und regenerative Energien fokussiert und durch die bestehenden Kohäsions- und Strukturfonds sowie andere Mehrjahresprogramme flankiert werden. Dabei müssen die sektoralen und regionalen Unterschiede der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

III.2. Bekämpfung von Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerflucht - Einführung der Finanztransaktionssteuer

Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerflucht sind eine wesentliche Ursache für die mangelnden Staatseinnahmen und damit für die steigende Staatsverschuldung in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Deshalb gilt es, auf die Beseitigung dieser steuerpolitischen Missstände einen Fokus unserer Politik in Europa zu legen, gerade auch um eine sozial gerechte Finanzierung staatlicher Ausgaben zu erreichen. Konkret fordern wir:

- Die Schließung bestehender Schlupflöcher in der Unternehmensbesteuerung, speziell für Großkonzerne. Die Staaten müssen verpflichtet werden, ihre Steuerrichtlinien zu veröffentlichen. Das europäische Beihilferecht muss Anwendung finden, wenn einzelne Unternehmen gesondert behandelt werden.
- Eine europäische Harmonisierung der Bemessungsgrundlage der Unternehmensbesteuerung und die Festlegung eines Mindeststeuersatzes.
- Steuerbetrug und Steuerflucht sind insbesondere auch durch die EU konsequent zu bekämpfen.
- Die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage. Die Steuer soll möglichst rasch auf den gesamten Euro-Raum ausgeweitet werden.

Die durch diese Maßnahmen zu generierenden zusätzlichen Finanzmittel verbessern die Einnahmesituation der Mitgliedstaaten erheblich. Sie sind zur Finanzierung der

143 geforderten Investitionsinitiative und der Schuldenbremse heranzuziehen und
144 ermöglichen gleichzeitig eine notwendige Steigerung der Zuweisungen der
145 Mitgliedstaaten an den EU-Haushalt, um die Finanzierung neuer Aufgaben im Rahmen
146 der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion zu ermöglichen.

147

148

149 **III.3. Vollendung der Bankenunion**

150

151 Die europäische Politik hat inzwischen viele wesentliche Schritte auf dem Weg zu einer
152 Bankenunion unternommen mit den drei Säulen: europäische Aufsicht,
153 Einlagensicherung und Abwicklungsmechanismus. Über diese Maßnahmen hinaus
154 fordern wir Initiativen zur Neustrukturierung des Bankensystems. Erforderlich ist eine
155 Trennung des normalen Kreditgeschäftes von den Finanzmarkttransaktionen
156 (Trennbankensystem), um sicherzustellen, dass die Kreditversorgung der Realwirtschaft
157 nicht mehr durch Finanzkrisen beeinträchtigt werden kann.

158

159 **IV. Europäische Strukturveränderungen**

160

161 Der Übergang zu einer wachstumsorientierten Politik bietet die Basis für weitreichende
162 Strukturveränderungen in der Eurozone, die zu einer dauerhaften Stabilisierung des Euro
163 erforderlich sind. Dabei muss das europäische Instrumentarium geschaffen werden, um
164 konstruktiv mit den strukturellen Differenzen innerhalb der Währungsunion umzugehen.
165 Schließlich muss die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU demokratischer Kontrolle
166 unterworfen werden.

167

168 **IV.1. Für eine effektive wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU**

169

170 Diese wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik erfordert eine engere, institutionell
171 abgesicherte politische Koordinierung in der EU, die in einem ersten Schritt eine
172 entsprechende Umgestaltung bestehender Institutionen und Verfahren erfordert. Dazu
173 bietet es sich an, das europäische Koordinierungsverfahren weiterzuentwickeln. Die
174 diesbezüglichen Verfahren müssen zugleich umfassend demokratisiert werden. Der so
175 festzulegende Rahmen muss hinreichende Spielräume zur jeweiligen nationalen
176 Ausgestaltung in den Mitgliedstaaten bieten.

177

178 Wir fordern:

179

180 **• die Stärkung der haushaltspolitischen Spielräume der EU.**

181

182 Die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung auf europä-
183 ischer Ebene sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer verbessert die
184 Finanzsituation der Mitgliedstaaten. Ein Teil der erst durch die europäische Koordi-
185 nierung erzielbaren Steuereinnahmen muss von den Mitgliedstaaten durch eine
186 dauerhafte Erhöhung der Beiträge der Mitgliedstaaten an die EU weitergegeben werden.

187

188 **• die Ausweitung des Zielkatalogs der europäischen Wirtschafts- und** 189 **Währungspolitik**

190

191 Neben dem bisher dominanten Stabilitätsziel müssen gleichberechtigt die Ziele
192 angemessenes Wachstum, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches
193 Gleichgewicht vertraglich verankert werden.

194 • **Überführung zwischenstaatlicher Verfahren und Übereinkommen der**
195 **Wirtschaftspolitik in die Gemeinschaftsmethode**

196
197 • **Umfassende Einbeziehung der Parlamente**

198
199 Das Europäische Parlament muss bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung in vollem
200 Umfang mitentscheidungsberechtigt sein. Die jeweiligen länderspezifischen
201 Politikempfehlungen müssen zudem in den jeweiligen nationalen Parlamenten diskutiert
202 und zur Abstimmung gebracht werden.

203
204 **IV.2. Europäischer Schuldentilgungsfonds**

205
206 Die Staatsverschuldung hat sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Staaten der
207 Eurozone. Während der Schuldendienst in einigen Staaten keine besonderen
208 haushaltspolitischen Probleme erzeugt, sind in anderen Staaten die finanzpolitischen
209 Spielräume erheblich eingeschränkt. Diese Risiken bedrohen die Eurozone als Ganzes.
210 Aber auch ohne eine krisenhafte Zuspitzung erzeugt diese Situation eine hohe
211 Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten und bietet so ein Einfallstor für
212 Spekulation. Deswegen muss eine gemeinschaftliche Lösung für die Verschuldung in der
213 Eurozone gefunden werden. Aus diesem Grund fordern wir, die vom
214 Sachverständigenrat für wirtschaftliche Entwicklung erhobene Forderung nach
215 Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds wieder aufzugreifen, zu konkretisieren und zu
216 implementieren. Die Finanzierung des Fonds erfolgt einerseits durch die Mitgliedstaaten
217 unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit sowie aus dem EU-Haushalt, wobei dazu
218 die Zuweisungen aus den Mitgliedstaaten erhöht werden müssen.

219
220 **IV.3. Begrenzung der Neuverschuldung**

221
222 Die Neuverschuldung der Mitgliedsstaaten soll über einen Verschuldungsrahmen in
223 Abhängigkeit von der nominalen Wirtschaftsentwicklung in den jeweiligen Ländern
224 begrenzt werden. Der Verschuldungsrahmen soll hierbei eine antizyklische
225 Wirtschaftspolitik ermöglichen.

226
227 **IV.3. Schaffung einer neuen Investitionskapazität**

228
229 Die Einführung einer effektiven Wirtschaftspolitik für Europa macht den Aufbau von
230 europäisch wirtschaftspolitisch handlungsfähigen öffentlichen Institutionen und
231 entscheidungsbefugten Gremien erforderlich, die für den Fall weiterer gesamteuropäisch
232 wirkender Krisen eine antizyklische Konjunktur- und Wachstum fördernde Politik
233 ermöglichen, weil anderenfalls die Regularien der Wirtschafts- und Währungsunion
234 krisenverschärfend wirken. Zu diesem Zweck sind die Möglichkeiten zur Förderung von
235 öffentlichen und privaten Investitionen durch die EU erheblich auszuweiten und zu
236 verstetigen. Mit einem weiterentwickelten 'Europäischen Fonds für strategische
237 Investitionen' wäre dieses entsprechende Instrument schon geschaffen. Der Fonds
238 unterliegt der Rahmensetzung und Kontrolle des Europäischen Parlaments. Über den
239 Fonds müsste auch eine zeitlich begrenzte Ausweitung der Verschuldung in
240 Krisenphasen möglich sein, um etwaige notwendige Konjunkturprogramme zu
241 finanzieren.

242
243 Angenommen:

244 Abgelehnt:

245 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 15.09.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 7 neu
ANTRAGSTELLER	Themenlabor Staatsfinanzen
ADRESSAT	SPD Bundesparteitag
BETREFF	„Forderungen zur Sozialdemokratischen Steuerpolitik 2017+ ! Mehr Gleichbehandlung - Mehr Gerechtigkeit - Solidarisch Lasten verteilen!“

1 **Der UB Parteitag möge beschließen:**

2
3 **Sozialdemokratische Vorstellung einer gerechten Steuerpolitik**

4
5 Steuerpolitik und die Veränderungen von Steuergesetzen sind aus sozialdemokratischer
6 Sicht nie gleichbedeutend mit einer schlichten Erhöhung oder Senkung der Steuersätze.
7 Vielmehr darf die Erhöhung und/oder Senkung stets nur das Ergebnis einer Abwägung sein
8 im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung, ausgehend von mehr Gleichbehandlung und
9 Anerkennung gesellschaftlicher Realitäten. Dies führt zu einer Steuergerechtigkeit, die nicht
10 Selbstzweck ist, sondern der Verwirklichung der sozialstaatlichen Ordnung dient und gleichsam
11 die Eigentums- und Berufsfreiheit sichert.

12
13 Das deutsche Steuersystems unterwerfen wir weder den Zwängen der Angst vor Steuer- oder
14 Kapitalflucht, noch den Anreizen, Straftäter mit milden Strafen locken zu können. Hierbei setzen
15 wir auf weltweite Abkommen um Steuerflucht/-hinterziehung einzudämmen und die Ausdehnung
16 des internationalen Informationsaustausches voranzutreiben. Diese beiden Punkte sind
17 wichtige Grundpfeiler der strafrechtlichen Verfolgung derer, die unsere wirtschaftliche und
18 gesellschaftliche Ordnung ausnutzen, jedoch nicht entsprechend ihre persönlichen
19 Leistungsfähigkeit hierzu beitragen wollen.

20
21 Gerade vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, im Rahmen des nächsten
22 Regierungsprogramms der SPD für die Bundestagswahlen 2017, die Position zu festigen, dass
23 Einkommen jeder Herkunft gleich zu behandeln und folgerichtig gleich zu besteuern sind.
24 Hierfür sollen steuerliche Anreize abgebaut werden, und Pauschalierungen überprüft werden.

25
26 **Reform der Kapital-Abgeltungssteuer**

27 Ein Schritt mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen ist unter anderem die Reform der
28 Abgeltungssteuer. Die Abgeltungssteuer ist vormals aufgrund der politischen Angst vor den
29 massenhaften Kapitalabflüssen in „Steueroasen“ eingeführt worden. Dieses Instrument ist aus
30 heutiger Sicht nicht mehr angemessen.

31
32 Vielmehr bedarf es einer Reform, die den zuvor genannten Maßstäben gerecht wird.
33 Diese Maßstäbe bedeuten konkret, dass die Angst vor Kapitalabflüssen ins Ausland nicht dazu
34 führen darf, dass mutmaßliche Steuerflüchtlinge (Kapitalanleger) durch eine Begrenzung des
35 Steuersatzes durch die Abgeltungssteuer systematisch gegenüber steuerehrlichen
36 Steuerpflichtigen, die mit dem progressiven Einkommenssteuertarif besteuert werden,
37 bevorzugt werden.

38 Vielmehr sollten die weltweiten Kapitalerträge von Personen oder Gesellschaften mit deutschem
39 Wohnsitz, oder von Unternehmen mit Anknüpfungspunkten in Deutschland, dem deutschen
40 Steuerrecht und dem progressiven Einkommenssteuertarif unterworfen werden.

41
42 Die gegenwärtigen Tendenzen zur substanzschädlichen (steuervermeidenden)

43 Fremdfinanzierung von Unternehmen würden hierdurch beseitigt und hierdurch solide
44 wirtschaftliche Fundamente von der Bankenbranche bis in den „kleinen“ Mittelstand gestärkt und
45 somit die Widerstandsfähigkeit in Krisenfällen erhöhen.

46
47 **Reform der Gewerbesteuer**
48 Die Gewerbesteuer ist gerecht zu reformieren, sodass der lokale Steuererlös entsprechend zur
49 infrastrukturellen Belastung im Verhältnis steht. Auf keinen Fall darf die Gewerbesteuer in
50 irgendeiner Weise zur Disposition gestellt werden. Vielmehr ist ihr Erhalt und die konsequente
51 Weiterentwicklung im Hinblick auf die Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen und
52 die hierdurch entstehende verbreitete Bemessungsgrundlage (auch z.B.
53 Veräußerungsgewinne) im Grundsatz sinnvoll.

54
55 Uneingeschränkte systemwidrige branchenbezogene Erleichterungen der Gewerbesteuer sind
56 nicht geeignet, die steuerliche Gleichbehandlung sicherzustellen, sie sind daher konsequent
57 aus der gewerbesteuerlichen Anwendung zu beseitigen. Ziel sollte es sein, die
58 Gewerbesteuer zu einer sichereren Plangröße zu machen, indem ein konjunkturabhängiger
59 dynamischer Teil und ein konjunkturunabhängiger (planbarer) Sockel entsteht.

60
61 Bei der Weiterentwicklung der Gewerbesteuer sollen Wege gesucht werden, den durch
62 Firmenniederlassungen erzeugten Aufwand durch eine entsprechende Gegenfinanzierung
63 zugunsten der Kommunen auszugleichen. Eine planerische Verlagerung durch die
64 Kommunen gezielt gegeneinander ausgespielt werden, soll verhindert werden. Hierdurch soll
65 das Missverhältnis der Verteilung der Gewerbesteuer zwischen Verwaltungs- und
66 Produktionssitz eingeebnet werden. Als Zerlegungsmaßstab der Gewerbesteuer sollte hierbei
67 die Anzahl an Mitarbeitern an Niederlassungen zugrunde gelegt werden und nicht die
68 Lohnsumme. So würde das Interesse zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen auch zu
69 einem der Gewerbesteuer inwohnenden Merkmal.

70
71 **Kostenübernahme bei bundeseinheitlichen Aufgaben der Kommunen**
72 Die Kommunen dürfen durch den Bund nicht alleine gelassen werden und werden es von den
73 Sozialdemokraten auch nicht! Die kommunalfreundliche Politik des Bundes initiiert durch die
74 SPD-Bundestagsfraktion und die SPD geführten Ressorts ist zielgerichtet fortzusetzen.

75
76 Maßstab für eine bundeseinheitliche qualitativ hochwertige Erfüllung durch Bundesgesetze
77 übertragene Aufgaben durch die kommunalen Verwaltungen, muss stets die entsprechende
78 auskömmliche Finanzausstattung für die mit der Aufgabe betrauten Stellen nach sich ziehen. Die
79 verbliebenen Kosten(anteile) aufgrund von Bundesgesetzen, die von den Kommunen
80 getragen werden, sind nach genauer Abrechnung mittelfristig in den Bundeshaushalt
81 umzuschichten, sodass eine Aufgabenerfüllung nach genauer Abrechnung auch
82 bundeseinheitlich qualitativ und quantitativ gewährleistet werden kann.

83
84 **'Außerdem bekräftigen wir unsere steuerpolitischen Beschlüsse zum Wahlprogramm**
85 **2013, insbesondere mit Blick auf den Einkommensteuertarif, die Erbschafts- und**
86 **Schenkungssteuer sowie die Wiedereinführung der Vermögensteuer!'**

87
88
89
90
91
92
93
94
95 Angenommen:
96 Abgelehnt:
97 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 15.09.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 8
ANTRAGSTELLER	SPD Neudorf
ADRESSAT	SPD Bundesvorstand
BETREFF	„Alle SPD-Mitglieder werden an der Auswahl des Kanzlerkandidaten/der Kanzlerkandidatin beteiligt“

1 Der Unterbezirksparteitag Duisburg möge beschließen:

2
3 **Zur nächsten Kanzlerkandidatur : Der SPD-Bundesvorstand wird**
4 **aufgefordert, im Hinblick auf die SPD-Kanzlerkandidatur für die**
5 **nächste Bundestagswahl rechtzeitig ein Verfahren einzuleiten, bei**
6 **dem alle Mitglieder der SPD an der Auswahl des Kanzlerkandidaten/**
7 **der Kanzlerkandidatin beteiligt werden.**

8
9 **Begründung:**

10
11 Der letzte Bundesparteitag der SPD hat beschlossen, „breite **Beteiligungsrechte**
12 **einzuführen und so neue Maßstäbe für Transparenz und Mitbestimmung**
13 **demokratischer Prozesse zu setzen“.**

14
15 Als **moderne Volkspartei** erprobt die SPD in nächster Zeit neue Formen von
16 Bürgerbeteiligung auf den verschiedenen Ebenen unserer parlamentarischen
17 Demokratie. Ziel ist eine **Neubelebung der Demokratie** und umfassendere
18 **Teilhabe aller an Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen.**

19
20
21 Die aktuelle politische Entwicklung in Duisburg hat gezeigt, dass die Bürgerinnen
22 und Bürger, bei großem und glaubwürdigem Engagement Vieler, bereit sind, sich an
23 Willensbildungsprozessen und Entscheidungen zu beteiligen.

24
25
26 Laut Forsa-Institut fordern inzwischen drei Viertel der Bevölkerung **Volksbegehren**
27 **und Volksentscheide auch auf Bundesebene.**

28
29 Die SPD sollte unbedingt mit der Entscheidung, alle Mitglieder bei der Auswahl
30 des/der Kanzlerkandidat/in zu beteiligen, ein **Zukunftszeichen für gelebte**
31 **Demokratie** und demokratische Mitbestimmung zu setzen.

32
33
34 Angenommen:

35 Abgelehnt:

36 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 15.09.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	11
ANTRAGSTELLER	
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion
BETREFF	Wohnungsbauprogramm

1 Der Unterbezirksparteitag Duisburg möge beschließen:

2
3 Die Bundesregierung wird aufgefordert, aus Mitteln der Steuermehreinnahmen in diesem
4 Jahr, ein nationales Wohnungsbauprogramm mit entsprechender Berücksichtigung der
5 öffentlichen Infrastruktur aufzulegen.

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an: